



Antrag Bezirksparteitag Oberbayern

Antragstellerin: UB – Miesbach

Zur Weiterleitung an die SPD – Landtagsfraktion

Zur Weiterleitung an die SPD - Bundestagsfraktion

21. Oktober 2021

### **Prävention zur Schadensminimierung zukünftiger Starkregenereignisse**

Die SPD Oberbayern fordert die SPD - Fraktionen des Deutschen Bundestages und des Bayrischen Landtages auf, ein gemeinsames Förderprogramm für Gemeinden zur Erforschung von Gefährdungsgebieten auf den Weg zu bringen. Darin sollen Gemeinden unterstützt werden Ingenieurbüros zu beauftragen um Gebiete die bei Starkregenereignissen besonders bedroht sind zu erfassen. Die dort gewonnenen Erkenntnisse werden sowohl in der Bauplanung als auch in der Planung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr benötigt. Die Gemeinden können sich die nötigen kostspieligen Untersuchungen meist nicht leisten und sind daher auf die Förderung von Land und Bund angewiesen.

Begründung:

Bei den Starkregenereignissen im Juli 2021 waren nicht nur Gemeinden betroffen deren Bäche angeschwollen sind, was zu Überflutungen führte, sondern auch Gemeinden wie Weyarn und Valley in denen Überschwemmungen ohne Bäche entstanden. Während in den Landratsämtern für alle Gewässer Daten vorliegen mit denen Hochwasserereignisse prognostiziert und Maßnahmen geplant werden können, liegt die Zuständigkeit für die Erforschung der Gefahrenbereiche bei den Gemeinden. Diese sind mit der Finanzierung dieser zusätzlichen Aufgabe meist überfordert.

Die bayrische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber sagte in der Kabinettsitzung vom 27. Juli 2021: „Die immer häufigeren extremen Wetterereignisse führen vor Augen, dass Bayern ein zukunftsfähiges Wassermanagement und klimastabile Landschaften braucht, um gegen Starkregenereignisse und Dürreperioden besser gewappnet zu sein. „Der Klimawandel stellt Kommunen und Landwirte vor gewaltige Herausforderungen. Wir brauchen mehr speicherfähige Böden und rückhaltefähige Landschaften. Darum müssen wir dafür sorgen, dass es mehr Versickerung und weniger Nährstoffeintrag in die Gewässer gibt.“ Damit diesen Worten Taten folgen braucht es den Anschlag der SPD.